Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 11 941
Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Alex Lubawinski (SPD)

vom 14. April 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. April 2013) und **Antwort**

Lage der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet er die im März 2013 von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin vorgelegte Bilanz für das Jahr 2011? Reicht diese als haushaltsrechtliche Grundlage für die Abrechnung der durch das Land Berlin per Staatsvertrag gewährten Zuschüsse aus und wie bewertet er die Tatsache, dass die Gemeinde die laufenden Pensionslasten nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz seit der Bilanz 2010 nicht wieder hat aktualisieren lassen? Welche Auswirkungen hat dies auf die weitere Kostenübernahme durch das Land Berlin?

Zu 1.: Die Bilanz für das Jahr 2011 liegt seit dem 13. März 2013 vor und wird derzeit geprüft. Haushaltsrechtliche Grundlage für die Gewährung von Staatsleistungen ist aber nicht die Bilanz, sondern der Staatsvertrag von 1994 und der bestätigte Wirtschaftsplan.

Der Senat fordert seit dem Jahr 2010 von der Jüdischen Gemeinde, dass die Aktualisierung der Pensionslast erfolgen muss (zuletzt mit Schreiben vom 28. September 2012). Das Land Berlin gewährt nur den Zuschuss, den es gemäß Staatsvertrag zu leisten hat. Etwaige Überzahlungen werden zurückgefordert.

2. Wie beurteilt der Senat, die im Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2013 geplanten und damit deutlich gestiegenen Ausgaben, vor allem bei den Personalausgaben von weit über 10 %?

3. Inwieweit entspricht die Vergütung des Vorsitzenden in Höhe von 120.000,- € den Regelungen des Staatsvertrages Artikel 6. Abs. 2? Dieser regelt, dass die in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gewährten Gehälter nicht gegen das Besserstellungsverbot verstoßen dürfen.

Zu 2. und 3.: Der vorgelegte Wirtschaftsplan wird zurzeit geprüft und die Jüdische Gemeinde ist am 25. April 2013 schriftlich zu Erläuterungen aufgefordert worden.

4. Hat die Jüdische Gemeinde im Zusammenhang mit ihrem Wirtschaftsplan 2013 das geforderte Sanierungskonzept vorgelegt, um den drohenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jüdischen Gemeinde zu Berlin aufgrund der überhöhten Rentenzahlungen an Mitarbeiter und der umfangreichen Rückzahlungsforderung seitens des Senats zu entgehen?

Zu 4.: Ein Sanierungskonzept hat die Gemeinde dem Senat noch nicht vorgelegt.

Berlin, den 03. Mai 2013

In Vertretung

André Schmitz
Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Mai 2013)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.